



SID-Vorlese

Bedrohung und Schutz von Menschenrechtsverteidigern am Beispiel von Aktivitäten in zwei Regionen in den Philippinen

Seit dem Sturz Marcos Diktatur 1986 hat die Zahl der politischen Morde nicht abgenommen, diese Gewaltform hat sich vielmehr als ein Mittel des Machterhaltes der elitären Familienclans etabliert. Die deutsche Nichtregierungsorganisation *International Peace Observers Network (IPON)* (1) adressiert seit 2005 mit dem Ansatz der internationalen Menschenrechtsbeobachtung genau diese Art der politischen Gewalt und Repression in verschiedenen Konfliktregionen der Philippinen, derzeit in Negros Occidental und Bukidnon, Mindanao. IPON dokumentiert die Menschenrechtssituation in den Projektgebieten, arbeitet mit lokalen MenschenrechtsaktivistInnen zusammen und versucht diese durch Präsenz, Begleitung und internationalen Druck in ihrer Arbeit zu schützen.

Politische Gewalt als Status Quo

Für die politischen Machthaber der Philippinen sind besonders zwei Gruppen gefährlich: Journalisten und politische Bewegungen bzw. Vereinigungen, die auf fundamentale Veränderungen der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Strukturen hinarbeiten. Gegen diese Gruppen richtet sich die Großzahl politischer Morde, denen in den letzten Jahren mehrere hundert Menschen zum Opfer gefallen sind. Da die Zahl der Morde mit wachsendem zeitlichem Abstand zur Diktatur nicht sinkt, ist anzunehmen, dass diese Gewaltform in der politischen Struktur verwurzelt ist. (2)

Es erscheint paradox, dass in einem Land wie den Philippinen, einem Land mit breiter und lautstarker Zivilgesellschaft, einer freien Presse, regelmäßigen Wahlen und dem wiederholten Wechsel politischer Amtsträger politische Gewalt einen solch hohen Stellenwert einnimmt. (3)

Der philippinische Staat reagierte in den achtziger Jahren auf die Bedrohung durch die Aufstände kommunistischer und muslimischer Bewegungen mit der Bildung von Rechtsverhältnissen, die faktisch dem Ausnahmezustand in Aufstandsgebieten gleichkamen. Das heißt weitreichende Befugnisse des Militärs und der Polizei im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung, Straflosigkeit bei Vergehen der Streitkräfte, verminderter Schutz im Hinblick auf elementare Mechanismen wie Habeas Corpus, angemessene Prozesse, Folter und Misshandlungen - Zustände, die sich mit der Zeit stabilisierten und im Rechtssystem manifestierten, die aber den Großteil der Bevölkerung schlechter stellten und weiterhin stellen, als es durch die Aufstandsbekämpfung der Streitkräfte gerechtfertigt werden kann. Denn die tatsächliche Wirksamkeit des Schutzes vor willkürlichen Akten staatlicher Gewalt ist nicht garantiert.

Internationale Menschenrechtsbeobachtung in Konfliktgebieten

Die Arbeit von IPON basiert auf vier Prinzipien, die in Abstimmung mit den lokalen Partnergruppen in den Konfliktgebieten der Philippinen geplant werden: **Begleiten, Präsenz, Handeln und Informieren**. IPON konzentriert sich bei der Arbeit mit diesen Prinzipien auf Vertreter des philippinischen Staates und Menschenrechtsverletzungen gegenüber den Mitgliedern der Partnergruppen aufgrund deren spezieller Aktivität als MenschenrechtsverteidigerInnen. (4)

Die Republik der Philippinen hat alle wichtigen internationalen Menschenrechtsabkommen ratifiziert und selbst den (konstitutionellen) Anspruch, die damit einhergehenden Verpflichtungen zu erfüllen. Die Regierung und die einzelnen staatlichen Akteure auf verschiedenen Ebenen haben ein Interesse daran, ihr internationales Image so positiv wie



möglich darzustellen. Wenn der Staat oder das Militär für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich ist oder wenn staatliche Strukturen sogar systematische Menschenrechtsverletzungen gegenüber bestimmten Gruppen fördern, wird die Regierung versuchen ihren schlechten Ruf in der Öffentlichkeit zu vertuschen, um gleichzeitig politische und wirtschaftliche Beziehungen zu anderen, mächtigeren Staaten pflegen zu können.

Durch das **Begleiten** von MenschenrechtsverteidigerInnen wird die Hemmschwelle zur Ausübung von Menschenrechtsverletzungen erhöht. AktivistInnen werden von uns bei Aktivitäten, wie Gesprächen mit staatlichen Akteuren oder friedlichen Demonstrationen, begleitet.

Die lokale **Präsenz** von Internationalen MenschenrechtsbeobachterInnen hilft in dreierlei Hinsicht Angriffe auf MenschenrechtsverteidigerInnen zu stoppen: Erstens richtet sie sich an die gesamte Befehlskette von gewaltbereiten Gruppen, nicht nur an deren Führungsebene. Zweitens dokumentieren Beobachtung und Nachforschung Verantwortlichkeiten und drittens werden internationale Verantwortung und Verpflichtung gestärkt, wenn Übergriffe trotz internationaler Anwesenheit geschehen. Dadurch dass „die Welt zusieht“ ist der Aspekt der Verhinderung bzw. der Abschreckung von Gewaltbereiten die stärkste präventive Maßnahme. In den Philippinen sind politisch motivierte Gewalttäter oftmals um das internationale Ansehen ihres Landes und ihrer eigenen Position besorgt und scheuen sich deshalb Gewalttaten vor den Augen der internationalen Öffentlichkeit zu begehen.

Begleitung und Präsenz haben aber auch **indirekte Wirkungen und Effekte**, die in langfristigen Partnerschaften mit lokalen Gruppen nicht zu unterschätzen sind. So werden Zivilisten ermutigt und dabei unterstützt sich selbst gewaltfrei zu schützen, z.B. durch die Kooperation mit einem internationalen Partner oder durch die Schutzbegleitung von AktivistInnen. Die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Kräften, die eine Änderung der bestehenden Verhältnisse anstreben, unterstützt diese Reformer und kann einen Teil dazu beitragen, dass sich gesellschaftliche Einstellungen und Muster verändern. Internationale Menschenrechtsbeobachtung kann außerdem die Isolation durchbrechen, die die Bevölkerung in den von Konflikten betroffenen Regionen erfährt. Durch Zusammenarbeit mit internationalen BeobachterInnen kann durch das entgegengebrachte Interesse das Selbstbewusstsein gestärkt werden. Letztendlich ist die Anwesenheit von internationalen BeobachterInnen in den philippinischen Projektregionen neben der Möglichkeit präventiven und direkten Schutz für MenschenrechtsverteidigerInnen zu bieten auch ein Instrument gewaltlose Ansätze der lokalen Partnergruppen zu unterstützen. Werden Aktionen durchgeführt, die auf bestehendes philippinisches Recht setzen und die gewaltlos die staatlichen Autoritäten adressieren, drückt die Anwesenheit von BeobachterInnen Solidarität mit den Menschen aus, die sich für eine friedliche Lösung bestehender Konflikte einsetzen.

Je nach Grundlage der Beobachtungen vor Ort fordert IPON die philippinischen Akteure gezielt zum **Handeln** auf. Die beteiligten Autoritäten werden im Zuge eines politischen Dialoges auf ihre Verantwortung, die Einhaltung der Menschenrechte und ihre Schutzpflicht aufmerksam gemacht. Durch Berichte und internationale Kampagnen informiert IPON die globale Öffentlichkeit über die aktuelle Menschenrechtssituation in den Philippinen. (5)

Lokale Abschreckung und die internationale Gemeinschaft

Klar ist, dass internationale Menschenrechtsbeobachtung in den Philippinen mit den beschriebenen Instrumenten nicht erforderlich wäre, wenn die allgemeine Abschreckung der internationalen Gemeinschaft die Einhaltung der Menschenrechte wirksam sicherstellen könnte. Die unmittelbare Abschreckung, die Präsenz und die Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen durch IPON werden dann notwendig, wenn die allgemeine Abschreckung fehlschlägt bzw. unzureichend erscheint. Die Anwesenheit internationaler BeobachterInnen ist quasi die nächste Verteidigungslinie, wenn ein Aggressor die Sorge der internationalen Gemeinschaft für die Menschenrechte unterschätzt oder ignoriert. Die Anwesenheit der IPON-Freiwilligen wird die Kosten eines wie auch immer gearteten Angriffs auf MenschenrechtsverteidigerInnen der Partnergruppen viel höher ausfallen lassen und die Kalkulation ändern. Die Arbeit von IPON ersetzt aber nicht die Bemühungen der internationalen Gemeinschaft. Vielmehr ergänzen sich beide Ansätze. Je stärker die internationale Besorgnis über die Menschenrechtssituation in den Philippinen allgemein und über die spezielle Situation in



den beiden derzeitigen Projektregionen ist, umso effizienter wird die Arbeit der IPON-BeobachterInnen als eine zusätzliche Drohung sein. Umgekehrt vergrößert die internationale Menschenrechtsbeobachtung die allgemeine Abschreckung der internationalen Gemeinschaft auf verschiedene Weise. Sie versieht die Verbindlichkeit der allgemeinen Abschreckung mit Glaubwürdigkeit, denn dieser Ansatz verkörpert in buchstäblichen Sinn die internationale Besorgnis über eine bestimmte Situation und bildet damit eine Art physischer Maßstab für diese Besorgnis.

Die Konfliktregionen

Negros

Bei dem Konflikt auf der Insel Negros (Visayas-Inselgruppe) geht es um die Durchsetzung der Agrarreform. Die begünstigten Bauern und Bäuerinnen sind in diesem Fall aber ArbeiterInnen auf großen Zuckerrohrplantagen. In vielen Fällen haben sie bereits ihre Landtitel erhalten, haben jedoch noch keinen Zugang zu ihrem Land. Der Machteinfluss der Zuckerbarone zieht sich bis in hohe Etagen des Staatsapparates und wirkt auf die politischen Entscheidungsträger.

In den Regionen Negros Occidental und Oriental wurde IPON auf Anfrage der Gruppe Task Force Mapalad (TFM) aktiv. Diese Organisation unterstützt Arbeiter auf den Plantagen bei der Einforderung ihrer Rechte und organisiert diese. Die Mitarbeiter von TFM sind Attacken und Bedrohungen von Seiten der (ehemaligen) Landbesitzer ausgesetzt. Sie erhalten Morddrohungen oder werden durch bewaffnete Männer oder Barrieren daran gehindert, die Plantagen zu betreten und mit den Bauern in Kontakt zu treten. Seit 2001 wurden 11 Mitglieder der Organisation umgebracht.

Mindanao

Seit Mitte des Jahres 2011 ist IPON auf der zweitgrößten Insel des Landes, Mindanao, mit einem Büro in der Provinzhauptstadt Malaybalay präsent. Nach ausführlichen Grundlagenstudien fand sich eine Partnerorganisation in der Provinz Bukidnon: PADATA. Die Panalsalan Dagumbaan Tribal Association ist eine Indigenen-Organisation, die sich 2004 gründete, um ihren Kampf für ihr angestammtes Ahnenland stärker voranzutreiben. PADATA bemüht sich darum, einen offiziellen Landtitel für die Ländereien zu erwirken, welche in der philippinischen Gesetzeslage für indigene Gemeinschaften entsprechend, zustehen. Die Gesetzeslage legt auch fest, dass die indigenen Gemeinschaften bei jeglichen Projekten auf ihrem Ahnenland konsultiert werden müssen (Selbst wenn diese noch keinen offiziellen Landtitel besitzen, jedoch auf dem Gebiet leben). Das führt oftmals zu gewaltgeladenen Interessenkonflikten zwischen den auf Mindanao ansässigen Großkonzernen oder Großgrundbesitzern und den jeweiligen indigenen Gruppen. Dieser Landkonflikt bezieht sich im Fall von PADATA auf die Vertreibung der PADATA-Mitglieder von ihrem Ahnenland durch den jahrzehntelangen Landpächter. Die mittlerweile zurückgekehrten PADATA-Mitglieder sind auf den Ländereien ständigen Gefahren ausgesetzt, welche vom Sicherheitspersonal des Landpächters ausgehen. Allein im Jahr 2011 kam es zu vielen Fällen von Brandstiftung, Hauszerstörung, Schussangriffen und sogar zum Mord an einem PADATA-Mitglied.

Anmerkungen

- (1) Mehr Informationen unter: www.ipon-philippines.org
- (2) Vgl. Kreuzer, Peter: Formen und Dynamiken politischer Gewalt in den Philippinen. Hessische Friedens- und Konfliktforschung, Report 8/2007, S.3.
- (3) Vgl. Ebd.
- (4) Für mehr Informationen zu MenschenrechtsverteidigerInnen, siehe: EU-Leitlinien über



Menschenrechtsverteidiger.

(5) Für weitere Informationen zum Konzept der internationalen Menschenrechtsbeobachtung in Konfliktgebieten, siehe: Mahony, Liam Egioren, Lius Enrique: Unarmed Bodyguards. International Accompaniment for the Protection of Human Rights, 1998.

Erstellt von Nina Strumpf- IPON